

# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,80 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 1,80 Mk.; durch die Post 2,22 Mk. einjährig 6,00 Mk.; durch unsere Vertreter 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pf.  
— Fernsprecher Nr. 524. —

**Ortsbeilagen:**  
Illustriertes Unterhaltungsblatt  
Landwirtsch. u. Handelsbeilage  
Wissenschaftliches Monatsblatt  
Botterblätter — Kunstzeitschrift

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeile oder deren Raum 25 Pf., im Restemittel 50 Pf. Chiffrenanzeigen und Nachweisungen 20 Pf. mehr. Platzgebühr ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen-Nachnahme: 9 Uhr vormittags.  
— Geschäftsstelle: Delgrube 9. —

Nr. 279

Donnerstag den 29. November 1917

44. Jahrg

## Erbitterte Kämpfe um Bourlon - Fontaine.

### Fortschrittliche Fürsorge für den gewerblichen Mittelstand.

Von Hugo Wente.

Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses.  
Die Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei im preussischen Abgeordnetenhause hat den nachstehenden Antrag eingebracht:

Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, im Interesse der Erhaltung eines kräftigen gewerblichen Mittelstandes darauf hinzuwirken, daß eine Zusammenlegung gewerblicher Betriebe nur dort angeordnet wird, wo nachgewiesenermaßen eine erhebliche Erparnis an Heiz- und Leuchtstoffen erzielt wird, und ferner dafür Sorge zu tragen, daß diese Zusammenlegung nur so lange, als unbedingt nötig, aufrechterhalten werden.

Zwei werden vielfach auch solche Meister aus ihren Betrieben herausgerissen, denen die Wohnstube zugleich auch als Arbeitsplatz diente, und denen die einzige Lichtquelle, die der ganzen Familie diente, zugleich zu ihrer Arbeit leuchtete. Wo bleibt da die Erparnis an Leucht- und Heizstoffen? Die Familie kann ja doch nicht den Winter über im Keller und im Wintergarten sitzen. Dahingegen muß der neue Arbeitsplatz des Meisters doch auch erleuchtet werden. Hier wird nicht nur nichts erspart, sondern im Gegenteil noch etwas vergebend. Des weiteren will der Antrag, daß die Zusammenlegungen nur so lange, als unbedingt nötig, aufrechterhalten werden sollen. So mancher selbstständige Handwerker, der durch die Zusammenlegung zum Fabrikarbeiter geworden ist, wird, wenn sich seine Kundschaft erst einmal gründlich verlaufen hat, garnicht mehr in der Lage sein, seinen alten Betrieb wieder anzunehmen. Er wird es vorziehen, Fabrikarbeiter zu bleiben, oder sonst seinen Beruf wechseln. Und wo bleiben die Lehrlinge bei den Zusammenlegungen? Auch sie gehen vielfach in die Fabrikbetriebe und damit dem Handwerk, das ohnehin über Lehrlingsmangel zu klagen hat, für immer verloren. Auf jeden Fall geht durch die Zusammenlegungen eine Menge von selbständigen Erfindern dem Handwerk verloren. Deshalb ist es nötig, daß in jedem Einzelfalle auf das genaueste geprüft wird, ob die Zusammenlegung wirklich einer unbedingten Kriegsnotwendigkeit entspricht.

Ein weiterer fortschrittlicher Antrag in Abgeordnetenhause erludt die königliche Staatsregierung: im Interesse der Kohlenversorgung und der Erhaltung der mittleren und kleineren Mählereibetriebe darauf hinzuwirken, daß stets der Kommunalverbände und der Reichsgetreidebelle das zu mahrende Getreide nicht vorwiegend den Dampfsmühlen, sondern mehr als bisher auch den mittleren und kleineren Wassermühlen zuzuwenden wird.

Seit einiger Zeit ist denjenigen Bedarfskreisen, die weniger selbst erzeugen, das Recht der Selbstbewirtschaftung genommen worden. In diesen Kreisen, zu denen auch die meisten Bezirkskreise gehören, wird das gesamte Getreide durch eigene bestellte Aufkäufer aufgekauft und nach zumeist fernem Gebenden verbracht, wo es dann in den großen Dampfsmühlen vermahlen wird. Die vielen in den Bezirkskreisen gelegenen Wassermühlen liegen ungenutzt fast das ganze Jahr still und haben nur das meiste Getreide zu mahlen, das den Selbstverbraucher verbleibt. Während also auf der einen Seite große Mengen von Kohle verbraucht werden, bleiben die Wasserkraften unbenutzt. Außerdem wird das Getreide passieren gelassen. Etwas Widersinnigeres kann man sich im Reichen der Kohlenknappheit und des Mangels an Verkehrsmitteln wohl nicht denken. Das Wehl geht den Bedarfskreisen dann zumeist auch wieder aus weit abgelegenen Kreisen zu, also ein ganz unnötiger Hin- und Hertransport. Das jetzt beliebte Verfahren muß aber auch auf die Dauer zum Ruin des Mittelstandes im

Müllergewerbe führen. Denn wie soll der Müller seine Hypothekenzinsen aufbringen, wenn er nur wenige Wochen im Jahre für die Selbstverbraucher beschäftigt ist. In letzter Zeit hat man vielfach auch den Mühlen den Umtausch von Getreide gegen Mehl unterlagt. Dabei ist es technisch ganz unbrauchbar, jedem Selbstverbraucher seinen oft ganz kleinen Posten Getreide getrennt zu vermahlen.

### Zur Wahlrechtsreform in Preußen.

Die Wahlrechtsreform.

Die Gesetzentwürfe zur Umgestaltung des preussischen Landtags wollen die bisherige längst veraltete Wahlrechtsreform für die preussischen Landtagswahlen in vollen Umfang aufrechterhalten. Die bisherigen 276 Wahlkreise sollen unverändert bestehen bleiben. Von diesen 276 Wahlkreisen wählen 132 je einen, 121 je 2 und 23 je 3 Abgeordnete. Die einzige Neuerung, die vorgeschlagen wird ist, daß 12 Wahlkreise — die ganz besonders notleidenden — das Recht erhalten sollen, je einen Abgeordneten mehr zu wählen. Und zwar die beiden Wahlkreise Teltow-Beeskow und Stadt Köln, die bisher nur 2 Abgeordnete wählen durften, sollen künftig je 3 wählen. Und 10 Wahlkreise, die bisher nur einen Abgeordneten wählen konnten, sollen je zwei wählen dürfen, nämlich Gohrensdorfer, Schöneberg, Neukölln, Scharnweide, Reinickendorf, Köpenick, Köpenick, Köpenick, Köpenick, Köpenick, Köpenick. Die Neueinteilung der Wahlkreise ist eine Voraussetzung für die Wirkung der neuen Wahlreform. Von einem gleichen Wahlrecht kann nicht die Rede sein, wenn wir bei den letzten Landtagswahlen im Jahre 1913 in hohem Maße, Krantenstein-Mühlberg und Nordberghausen noch nicht 40 000 Einwohner auf einen Abgeordneten entfallen und in anderen Wahlkreisen dagegen 200 000 und mehr Einwohner nur das Recht zur Wahl eines Abgeordneten haben. Durch die Vernehmung der Zahl der Abgeordneten wird am 12. März die Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses auf 455. Vor sich ist erichtlich die Bestimmung in dem neuen Wahlrechtsentwurf: „Bezieht die Zahl der auf eine Abgeordnetensitze eines Wahlbezirks entfallenden Einwohner nach der letzten allgemeinen Volkszählung mehr als 200 000, so tritt bei der nächsten allgemeinen Wahl für jedes weiteren angelegenen 200 000 Einwohner ein neuer Abgeordneter hinzu.“ Diese Bestimmung weist aber den Verdacht, daß die Regierung vorläufig nicht an eine grundlegende Neueinteilung der Wahlkreise denkt. Die von ihr jetzt vorgeschlagene Erhöhung der Zahl der Abgeordneten ist aber nur erträglich unter der Voraussetzung, daß gegenwärtig auf eine allgemeine Wahlrechtsreform verzichtet wird, um eine Hinauszögerung der Wahlreform zu vermeiden, daß aber eine Wahlrechtsreform nur auf Grund aus neu aufgebaut wird, sobald die heutige Wahlreform durchgeführt ist.

Das Budgetrecht des preussischen Landtags.

Bisher konnte das preussische Herrenhaus den Etat nur im ganzen annehmen oder ablehnen. Das Recht, über Ausgabenposten im einzelnen zu entscheiden, stand allein dem Abgeordnetenhause zu. Nach dem Gesetzentwurf zur Umänderung der preussischen Verfassung soll künftig das Herrenhaus das Recht erhalten, Ausgaben im ordentlichen Etat, die das Abgeordnetenhause getrieben hat, oder herabgesetzt hat, vor der Zustimmung über den Gesamthaushalt zur Entscheidung zu bringen und im Falle einer Nichtzustimmung mit dem Abgeordnetenhause einem aus Mitgliedern beider Kammern gebildeten Verbindlichenauschuss zur Beschäftigung zu unterbreiten. Diese Neuerung bedeutet eine Vergrößerung der Zuständigkeiten zwischen Abgeordnetenhause und Herrenhaus zugunsten des letzteren. Eine Einschränkung des Budgetrechts des Abgeordnetenhauses bedeutet auch die von der Regierung vorgeschlagene neue Bestimmung im Artikel 62 der Verfassung. In dem Staatshaushalt sollen die Ausgaben, die im Entwurf nicht vorgelegen sind, oder Erhöhungen von Ausgaben über den Betrag der von der Staatsregierung vorgeschlagenen Summe, von der zweiten Kammer ohne Zustimmung der Staatsregierung nicht eingeleitet werden. Die Regierung behauptet in der Begründung, diese Neuerung bedeute nur bestehendes angegriffenes Recht wieder. Das ist nicht zureichend. Die neue Neuerung eingeführt, so verliert das Abgeordnetenhause das Recht, im Etat beispielsweise Kulturaufgaben oder Beamtengehälter zu erhöhen. Eine weitere Neuerung will die sogenannten Nototagesätze bei nicht rechtzeitiger Feststellung des Etats überflüssig machen. Darüber läßt sich reden, wenn nicht die vorgeschlagene Neu-

zung in ihrer Allgemeinheit die Gefahr in sich trägt, daß im Falle einer Budgetverweigerung der Landtag dadurch völlig ausgeschaltet würde und die Regierung das Recht erhielte, ohne Landtag weiter zu wirtschaften.

Das Vertrauen zum Volke.

„Es ist peinlich, wenn Kinder eines aufgeben sollen und schließlich heden bleiben. Peinlicher, wenn preussische Staatsminister Gesetzesvorlagen mit inhaltlichen Fehlern „begründen“ wollen.“ Mit diesen Worten hat die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ am Montag Morgen die Wahlrechtsreform für Preußen begrüßt. Der inhaltliche Hinweis auf die „Begründung“ gilt vermutlich vor allem den Anträgen des Vertrauens zum Volke, die sich in der Begründung des Gesetzentwurfs betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhause finden. Da wird hervorgehoben, daß das preussische Volk im Kriege opferwillig und staatsreu behunden worden ist, und deshalb das Maß der staatsbürgerlichen Beteiligung des Volkes an den staatslichen Geschäften, vom Standpunkt geistigeren Vertrauens nachgeprüft und neu gestaltet werden muß, wobei es sich nicht um eine Befragung des Volkes, sondern vielmehr um „einen Akt des Vertrauens in das Volk“ handle, „das in den schwersten Schicksalen des Krieges seine Reife erweisen hat“. Ganz besonders wird die Befestigung des Dreiklassenwahlrechts und sein Erlaß durch das gleiche Wahlrecht als ein Akt des Vertrauens gekennzeichnet in nachstehenden Sätzen der Begründung des Wahlrechtsentwurfs:

„In das Volk durch den Weltkrieg, der seine Kräfte aus höchst angepannt und unterirdischen von jedem einzelnen Staatsbürger die gleichen Leistungen, die gleichen Tugenden, die gleichen Opfer für Gehalt und Zukunft des Vaterlandes gefordert hat, über das bestehende Klassenwahlrecht hinauszuweisen, so wird diesem reif gewordenen Volke die Mitwirkung an der Fülle seiner Staatsaufgaben auf dem Boden staatsbürgerlicher Gleichberechtigung ohne Bedenken anvertraut werden können. Das unumkehrbare Vertrauen in das Volk, auf dem die Einräumung des gleichen Wahlrechts beruht, wird der Lösung der vorliegenden Aufgaben zugrunde liegen. Sie wird getragen sein von dem allgemeinen Vertrauen und Verständnis des Volkes, dessen Hilfe unbedingt bedarf. So führt der Krieg das Interesse der politischen Bevölkerung an einer durchgehenden gleichen Verteilung der Rechte und des Interesses des Staates an der möglichst vollkommenen Bewältigung größter und schwerster künftiger Friedensaufgaben auf dem Boden des vorliegenden Wahlgesetzes zusammen.“

Es ist bezeichnend, daß das alldeutsche Blatt für diese Bekenntnisse des Vertrauens zum Volke kein Verständnis, sondern nur Spott übrig hat. „Übrigens nicht allein für den Minister, sondern auch für den Träger der Krone. Auf ihn zielt die „Deutsche Zeitung“, wenn sie behauptet, daß die Umstände, welche uns die Veröffentlichung der preussischen Reformentwürfe bis zum Totenpunkt erparat haben, darin begründet liegen, „daß eine in der Einführungsphase der Gesetzentwürfe unentschiedene Wahrheit des Diktatorwortes an sich erfuhr: „Ein anderes Anrecht, es sie gelassen, ein anderes zeigt die vollbrachte Tat.“

## Der Weltkrieg

Keine neue Friedensnote des Papstes.

„Offizieller Roman“, das Organ des Vatikan, erklärt sich bevollmächtigt zur Mitteilung, daß die Nachricht, der Papst habe im Begriff, eine zweite Friedensnote an die kriegführenden Mächte zu richten, jeder Begründung entbehrt.

Deutschlands Stellung zur maximalistischen Regierung.

Die „All. Ztg.“ meldet aus Berlin: Die Bolschewistische Regierung scheint sich langsam zu festigen. Die Veröffentlichung der Geheimverträge über die Drohungen aus Paris und London spricht für die Tatkraft ihrer Führer, die damit einen entscheidenden Schritt getan haben. Er bedeutet die Zerstörung von der Raub- und Beutegemeinschaft, die die zaristische Regierung mit der kaiserlichen und englischen eingegangen ist. Aus der Weiterentwicklung von Somme ist zu entnehmen, daß der Verband keine Vertreter in Petersburg befallen wird, was dafür spricht, daß der Verband eine weitere Festigung der Stellung der Bolschewisten für möglich hält. Gleichzeitig behält der Verband dadurch die Möglichkeit, weiter auf die inneren Verhältnisse Russlands einzuwirken. Die Gefahr, die



hierin für die Regierung der Bolschewiki liegt, wird von dieser wohl nicht verkannt. Deutschlerits ist mehrfach ausgesprochen worden, daß eine Einmischung in die inneren russischen Verhältnisse nicht beabsichtigt ist. Stellt sich heraus, daß die Petersburger Regierung die nötigen Maßnahmen besitzt, ihren Willen zur Geltung zu bringen, so würde sich die wichtige Frage ihrer Verhandlungsfähigkeit von selbst klären. Gegenüber der Erklärung Lord Roberts Cecilis, eine solche Regierung nicht anzuerkennen, stellt sich für uns die Frage einfach dahin: Wer hat die Macht? Verbündet sich mit der Macht der Wille zum Frieden, so sehen wir nicht ein, warum mit die Regierung der Bolschewiki nicht ebenso für verhandlungsfähig angesehen werden, wie jede andere.

Trochis Friedensnote erfüllt für die Entente nicht. Die Times melden aus Petersburg: Bei einer Zusammenkunft der Gesandten auf der amerikanischen Botschaft wurde beschloffen, Trochis Friedensnote zu ignorieren und als nicht empfangen zu betrachten.

### Die unglückliche Lage der Entente.

Conat Fraser schreibt in der „Daily Mail“ vom 20. November: Diese Woche ist eine der trübseligsten Wochen des Krieges. Entweder die Italiener halten durch, oder wir sind die Zeugen eines Niederganges, dessen Folgen niemand übersehen kann. Man sollte aufhören zu sagen, daß England eine große Zahl feindlicher Divisionen bindet. Genauso ist es falsch zu behaupten, daß Amerika hinter Italien steht. Amerika ist nicht im Krieg mit Österreich, und abgesehen von einer großzügigen finanziellen Unterstützung hilft Amerika Italien wenig. Mit einem Rußland, das sich in der Finsternis des Mittelalters (I) befindet, mit einem großen Teil der italienischen Armee, der vernichtet aber im Augenblick außer Betracht ist, ist der Augenblick für die Verbündeten so wenig günstig wie je seit langem nicht. Wir dürfen Italien nicht untergehen lassen. Die erste Aufgabe ist, ihm zu helfen. Bis nicht die italienische Lage klarer ist, dürfen wir keine zu weitgehenden Pläne ins Auge fassen.

## Die Kämpfe an der Westfront.

### Erneute englische Angriffe unter blutigsten Verlusten mißlungen.

Mit Sturm und Regen verließ in Flandern der Vormittag des 26. November mit geringer beiderseitiger Gefechtsfähigkeit. Erst nachmittags legerte sich von Westrochele bis Jambourde das Artilleriefeuer zu großer Heftigkeit. Am Abend trat von der Küste bis Southpouster Wald erneute Feuerleitung ein. West-Ende, Bad, Stadt Dismunde erhielten lebhaften Beschuß. Verschiedene vorposten englische Patrouillen wurden restlos abgewiesen.

Auf dem Hauptkampffeld von Cambrai wurden am Vormittag mehrfach erkannte feindliche Anmarchungen beim Bahnhof Mesnières unter wirksamsten Bemühungen gestoppt. Am Nachmittag zeigte besonders in Gegend Bourlon und Fontaine starker Artillerieangriff ein. Auch hier jagte unsere Artillerie ihr Feuer gegen Anmarchungen bei Graincourt und Anony zusammen. Sechs gegen Fontaine aufstrebende Panzermägen wurden durch unser Feuer zur Umkehr gezwungen. Südlich Jambou entwickelten sich sechs Uhr abends beim lebhaften Feuer schwerer Kaliber für uns günstig verlaufende Handgranatenkämpfe. Unter dem Schutze der Dunkelheit bereitgestellte starke feindliche Infanterie brach um 7 Uhr 30 abends gegen Bourlon Dorf und Wald zum Angriff vor. In erbittertem, hin und her wogendem Kampf wurden die Engländer unter schweren Verlusten abgeschlagen. An der Südspitze des Bourlon-Waldes ist ein Engländerneß verblieben. Im übrigen ist Dorf Bourlon sowie der Bourloner Wald entgegen dem Bolschewiki fest in unserer Hand. An dieser Stelle des Hauptkampffeldes haben die Engländer bei ihren wiederholten mißlungenen Angriffen und in unseren wichtigen Gegenseiten außerordentlich schwere Verluste erlitten. Ihre überlegene Zahl und Masse unterlag jedoch dem Gehemnis unserer tapferen Infanterie.

Ein in Gegend La Folie gegen 8 Uhr abends sich vorbereitender Angriff kam in unserem Bemühungsfeld nicht zur Durchführung. Auf dem ganzen Kampffeld ersticken die Engländer vor jedem Angriff schwere Verluste durch das flackernde Artilleriefeuer unserer Batterien, die jedesmal in dem überfluteten Gelände in der Lage sind, schnell ihr verheerendes Feuer auf die massierten Anmarchungen zu richten.

### Der deutsche Abendbericht besagt:

Auf dem Schlachtfeld bei Cambrai sind starke englische Angriffe zwischen Bourlon und Fontaine gescheitert. Gebitterte britische Kämpfe dauern noch an.

### Auf französische Vorposten geheimer.

Südlich Reims legte von 7 Uhr bis 7,30 nachmittags ein harter feindlicher Feuerbeschuss ein. Nach hartem Artillerie- und Mörserfeuer, das unsere Stellungen mehrfach trafen, erfolgte dort 5 Uhr nachmittags ein harter französischer Teilschritt, der im Gegenlicht abgewiesen wurde. Die Verluste des Feindes sind schwer. Südlich der Maas nahm nach verhältnismäßig ruhigem Vormittag besonders in Gegend Reims am Nachmittag das Feuer Stellung. Nachts fand auch auf unsere Stellungen bis an die Maas über. Mehrfach erkannte feindliche Bewegungen wurden mit Erfolg unter Feuer genommen.

### Auf dem östlichen, italienischen und Balkankriegsschauplatz

haben sich keine größeren Kampfhandlungen abgespielt.

## Der türkische Krieg.

### Die Kämpfe in Palästina.

Der türkische Seereschiff lautet: In der Küste des östlichen Mittelmeeres und westlichen Ägäissee der Gegend mit Kavallerie und gemischter Infanterie der Wadi Anshaja und legte sich auf dem rechten Nordufer fest. Gestern traf ihn dort unser Angriff, und zwar mit vollem Erfolg. Das Nordufer des Wadi Anshaja ist vom Feinde geläubert. Sechs Maschinengewehre und 11 Gelangene blieben in unserer Hand. Eine erhebliche Anzahl fliehender Feinde blieb im Fluß ertrunken. In der Mitte der Front drängte unsere Kavallerie die feindliche Kavallerie zurück und nahm ihr Geiseln ab.

## Der Bürgerkrieg in Rußland.

### Die Petersburger Zeitung „Pravda“ fährt mit der Veröffentlichung der geheimen Akten fort.

Demnach teilte der russische Botschafter in Paris Iswolski in einem geheimen Telegramm vom 26. Februar 1917, Nummer 168, mit, daß die Regierung der französischen Republik Gewicht und Bedeutung der Vereinbarungen zu betonen wünscht, die im Jahre 1915 mit der russischen Regierung getroffen wurden, um nach Kriegsausbruch die Frage von Konstantinopel in Übereinstimmung mit Rußlands Beiträgen zu regeln, und daß sie andererseits ihren Verbindungen alle jene Garantien in militärischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht wünscht, die für die Sicherheit und den wirtschaftlichen Fortschritt des Kaiserreichs nötig wären, und deshalb Rußland unbegrenzte Rechte in bezug auf die Festsetzung seiner westlichen Grenze zuerkenne. In einem geheimen Telegramm des russischen Auswärtigen Amtes an den Botschafter in Paris, das unter anderem die französischen Anwesenheiten in Deutschland gegenüber behandelt, heißt es zuletzt: Außerdem glauben wir uns der Zustimmung von jenen Frankreichs versichern zu müssen, daß die Servitut über die Alands-Inseln nach Beendigung des Krieges aufgehoben werden muß.

Weiter wird aus Petersburg berichtet: Im Allerhöchsten Auftrage teilte Herr Domergue seiner Majestät dem Kaiser den Wunsch Frankreichs mit, sich der Aufgabe des Elbe-Lothringens nach Schluß des Krieges zu versichern, sowie einer Sonderstellung im Falle des Saarflusses, und es dahin zu bringen, daß die Gebiete westlich des Rheins von Deutschland losgerissen und so regiert werden, daß der Rhein in Zukunft ein dauerndes französisches Hindernis gegen ein deutsches Vordringen bilden werde. Domergue sprach die Hoffnung aus, Seine Majestät möge nicht ablehnen, jetzt sofort eine Zustimmung zu diesem Vorschlage auszusprechen. Seine Majestät geruhte im Prinzip seine Zustimmung auszusprechen. Ich erlaube infolgedessen, daß Domergue nach Mitteilung mit seiner Regierung einen Vorschlag zu dem Überkommen mitteilen möchte, welches auf dem Wege eines Notenwechsels zwischen dem französischen Botschafter und mir geschloffen werden könnte. Zudem will ich den Wünschen unserer Bundesgenossen entgegenkommen, glaube ich gleichwohl an einen Gesichtspunkt erinnern zu müssen, welcher von der kaiserlichen Regierung im Telegramm vom 24. Februar 1916 Nr. 948 dargelegt ist, wonach „wir, wenn wir Frankreich und England ein uneingeschränktes Recht in der Frage der Feststellung von Deutschlands westlichen Grenzen zuerkennen, darauf rechnen, daß die Bundesgenossen ihrerseits uns ein entsprechendes Recht zuerkennen werden, was die Feststellung unserer Grenzen mit Deutschland und Dänemark anlangt.“

Das letzte der von Trochki veröffentlichten Dokumente ist ein geheimes Telegramm. Der russische Gesandte in Bern teilt darin mit, daß einige große Finanzleute in der Schweiz Besprechungen abhielten. Die Engländer stellten im Werke, heißt es in dem Telegramm weiter, an dieser Konferenz teilgenommen zu haben, doch sei der Direktor der Lloyd-Bank am 22. September 1917 in Genf angekommen. Bezüglich Rußlands wisse man nichts Bestimmtes. Es scheint, daß man sich nur dahin ausgesprochen habe, daß die Mittelstaaten einige Kompensationen im Orient erlangen könnten. Die deutschen Teilnehmer an der Konferenz hätten auf die Abtretung der baltischen Provinzen und der Unabhängigkeit Finnlands bestanden.

### An ausländischer Stelle ist von dieser Versammlung nichts bekannt.

### Vor dem endgültigen Bruch mit der Entente.

Zwei an dem russischen Volk zu richtende Proteste sind bei der „Echo de Paris“ von einem gemeinsamen der Unterzeichner des Londoner Abkommens (einen Sonderfrieden) und einen anderen von Frankreich allein als des ersten Verbündeten Rußlands. Aus Sparenarbo wird gemeldet: Aus bester Quelle verläuft die Gerüchte der Entente Leben der russischen Regierung mitteilen, daß sie sofort ihre Forderungen stellen würden, falls Verhandlungen über einen Sonderfrieden eingeleitet würden.

Die „Agence Havas“ meldet: Der „Temps“ bestätigt, daß bei Eröffnung der Konferenz der Alliierten in Paris die französische Regierung vorschlugen wird, durch eine gemeinsame Erklärung die Befehle, denen sich Rußland durch die Urpatronen, die angeblich in Petersburg herrschen, aussetzt, festzustellen. Es wird sich auch darum handeln, die Verletzung der von Rußland eingegangenen Verbindlichkeiten zu brandmarken, da Rußland Sonderverhandlungen mit dem Feinde eingeleitet hat und Dokumente veröffentlicht, die nur auf allgemeinen Beschluß veröffentlicht werden dürfen. Der „Temps“ fügt hinzu, daß Frankreich, das mit Rußland vor dem Brüche verhandelt hat, infolgedessen besonders schwerwiegende Gründe habe, sich zu beschweren,

und vollkommen entschlossen sei, die Initiative der Proteste zu ergreifen, denen es seine besonderen Beschwerden hinzufügen müsse.

Die „Morningpost“ meldet aus Petersburg: Die Regierung hat die Petersburger Banken angefallen, Zahlungsanweisungen nach dem Ausland bis auf weiteres nicht zu bewilligen. Die „Morningpost“ schreibt: Die Regierung richtet sich in erster Linie gegen die Wechseln in den Ausland und ist nur die Vorbereitung der Dinge, die kommen werden.

Der Alliiertenrat hat die Arbeiter- und Soldatenräte wurde von sämtlichen diplomatischen Bevollmächtigten der Alliierten offiziell davon verständigt, daß die Alliierten Mächte sich gezwungen sehen, Repressalien zu ergreifen, falls die in Rußland verhafteten russischen, englischen, amerikanischen und belgischen Staatsangehörigen nicht unperzönlich freigelassen werden. Besonders dringend wird um Freilassung der Belagerten der englischen Unterseeboote, die bislang im Finnischen Meerbusen operierten, erlitten. Wie es sich jetzt herausstellt, hat der maximalistische Zentralausschuß der Diktatur mit nur die englischen Marineoffiziere in Rußland, sondern auch die englischen Matrosen von den Rußland stationierten englischen Unterseebooten in Swaborg „interniert“, weil sie eine antimaximalistische Propaganda getrieben haben.

### Die Demobilisierung der maximalistischen Regierung

für die 40-43 jährigen unter mehr als 600000 Mann des Heeres der Dienstpflicht. Die Maximalisten sind entschlossen, weitere Paragrafen zu demobilisieren, um hierdurch die Frage der Auseinandersetzung mit den Alliierten auf die radikalste Weise zu lösen.

### Der neue Generalissimus Artylenko

richtete laut „Havas“ an Arme und Flotte einen Tagesbefehl, in dem er seine Ernennung und bevorstehende Abreise zur Front mitteilt.

Nach der Schilderung eines aus Rußland in Stockholm eingetroffenen Ingenieurs befindet sich Rußland in einem querschnitts Zustand wirtschaftlicher und politischer Selbstzerföhrung.

Selbst bürgende Freie gehen zu, daß der fanatische Radikalismus in Genes, der ohne Rücksicht auf die von den früheren Regierungen getroffenen Kriegsverträge dem sofortigen Frieden aufträte, die einzig denkbare Rettung Rußlands sei, gleichwie die Operation eines Schwerverwundenen bedeutet.

Der dritte Schwerefall lieferte den Beweis von der völligen Verfallung der Armee. Die Soldaten, die ihre Stellen zu verlassen verließen, durchstreifen die Wälder und die Ebene. Sie haben innerhalb weniger Wochen wie ein Neufundländerwurm ganze Abteilungen hinter der Front bis Mostau buchstäblich leergeräfen. Die gut bewaffneten Verbände beginnen vielfach in den Dörfern und Entschloffen weiter hinter der Front sich zum Überwinteren einzurichten.

## Politische Übersicht.

Spanien. Ein Romanones von der liberalen Partei genehigtes Essen vereinigte mehr als 900 Gäste. Romanones hielt eine Rede, in der er betonte, daß Spanien die Notwendigkeit bestehe, gegenüber den Ländern der Entente eine Politik zu verfolgen, die sich offen nach der Entente hin orientiert.

## Deutschland.

— Anbündelungen an den Kaiser. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Dem Reichskanzler Grafen v. Hertling und dem Tage seines Antritts an unzulässige Kundgebungen vaterländischer Gesinnung von einzelnen Personen und von Vereinigungen der vertriebenen Vorkriegsangehörigen. In ihrer Gesamtheit geben sie Zeugnis von unabweisbarer Entschlossenheit unseres Volkes, alle Kraft im Dienste der gemeinsamen Sache einzusetzen. Auf jeder Kundgebungen zu antworten, ist dem Reichskanzler leider unmöglich. Seines Dankes und seiner Zustimmung ist jegliches Weiteres über, das unser Volk in seinem schweren Kampfe sich erlaßt.

— Abschiebung des Fehden, v. Rheinababen. Der frühere Finanzminister und Reichs-Deputationspräsident der Rheinprovinz hat sein Abschiedsgedächtnis eingereicht und vertritt sich als Gesundheitsbeschädigter. Fehden v. Rheinababen war von 1896 bis 1899 Regierungspräsident in Düsseldorf, dann Minister des Innern und later Finanzminister. 1910 wurde er als Nachfolger des Fehden von Reichsminister Oberpräsident in Koblenz. Er diente nach Düsseldorf, dessen Ehrenbürger er ist, überleben.

— Verfassung des Staatssekretärs Helfferich auf eine ordentliche Professur. Wie die „Südwestdeutsche Zeitung“ hört, wurde der bisherige Staatssekretär Dr. Helfferich von der philologischen Fakultät der Universität Bonn einmütig für die durch die Überhebung des Grafen v. Helldorf nach Berlin erledigte ordentliche Professur der Staatswissenschaft an der Universität Bonn. Der Kultusminister hat dem Wunsch der Fakultät folgende Erlasse Helfferich diese Stelle angeboten.

— Die Alldeutschen als preisliche Kofalen. An der antikenfischen „Staatsbürgerzeitung“ lesen wir: Der Sinn des alldeutschen Gedankens ist die Einigung aller Deutschen auf eine gemeinsame Außenpolitik. Dieses Ziel ist leicht zu erreichen unter der Voraussetzung, daß die Fragen der inneren Politik im alldeutschen Verbände unerörtert bleiben. Gerade jetzt im Krieg behält der alldeutsche Verband eine gegenwärtige Tätigkeit erlangen können. Was leben wir aber? Wir leben, daß der alldeutsche Verband im Kampf um innerpolitische Ziele der Hauptträger im Streit der Hauptkämpfer ist. Die alldeutschen Vorkriegsangehörigen sind, geworden. Der alldeutsche Verband selbst zurück, die alldeutschen Vorkämpfer der Konfessionen. Er ist die Stützpunkt der reaktionären Elemente in Deutschland geworden. Man könnte Herrn Graf und seinen fanatisierten Anhänger die preußischen Kofalen nennen. Seine ist der alldeutsche Verband kein Element der Einigung mehr, sondern er wirkt im deutschen Lager wie ein Sprengpulver. Nicht der furor teutonico, sondern die alldeutschen ge- u hat die Alldeutschen befallen. Ein alldeutsches ge-







# Weihnachts-Preis-Aufgabe!

An die Löser obiger Preisaufgabe gelangen folgende Preise gratis zur Verteilung:

**Vollst. Tafelservice** Wert Mk. 400  
**Gold. Herren- u. Damen-Armband-Uhr** Je Mk. 200  
**Stoff zum seidenen Kleide Mk. 200**

**Sprechapparat** Wert Mk. 150  
**Photograph. Apparat** „ „ 150  
**5 Preise im Werte von Je „ 20**  
**20 Preise „ „ „ 5**

DURCH



**60000 Trostpreise im Werte von je Mk. 2.—**

Schicken Sie uns noch heute Ihre Lösung im verschlossenen mit 15 Pf. frankierten Briefumschlag unter genauer Angabe Ihrer den Tag der Verteilung bekannt gegeben. Der Lösung ist Rückporto für die Auskunft beizufügen. Briefe aus dem Felde werden nicht beantwortet. Schreiben Sie sofort an **Bären-Verlag Charlottenburg 487**

## Hoffmann- und Fleischwarenverkauf

findet am **29. November 1917** bei **Hoffmann, Obere Breite Straße Nr. 4**, nachmittags von 2-3 Uhr auf die Ordnungsnummern 2401-2500 1-100 101-200 201-300 301-350.  
 Statt „Ein Anpreisung auf eine bestimmte Art von Fleisch oder Fleischwaren“ besteht nicht.  
 Merseburg, den 28. November 1917. L. A. I 686/17.  
 Das hiesige Lebensmittelamt.

## Fleischverkauf auf der Freibank

findet am **29. November 1917** in folgender Reihenfolge statt:  
 vormittags von 8-9 Uhr auf die Ordnungsnummern 1-100 101-200 201-300 301-350.  
 Merseburg, den 28. November 1917. L. A. I 687/17.  
 Das hiesige Lebensmittelamt.

Meiner hochverehrten Kundenschaft zur gest. Kenntnisnahme, daß meine Bäckerei

Donnerstag den **29. November**

**wieder geöffnet** ist.  
**Carl Brückner, Bäckereimeister.**

## Verein zur Förderung der Jugendpflege E. V.

Sonntag den **2. Dezember**, mittags **12 Uhr**,

eröffnen wir in der **Fankenburg** eine

## Ausstellung

des **Kriegsschriftentums**, der **Jugend- und Volksschriften** und **Bildwerke für Schule, Haus und Jugendheim.**

Zur Eröffnung und zum B-such der Ausstellung wird hierdurch jedermann herzlich eingeladen. Die Ausstellung ist an den **Sonntagen** bis auf weiteres **mittags von 12 bis 3 Uhr** geöffnet. Der Eintritt ist frei.

**Herzog, Erster Bürgermeister.**

**Taube, Oberlehrer.**

## Weihnachten in Bethel!

Von dem größten Wunder der ewigen Liebe redet das Weihnachtsfest. Witten unter U und Kampf des großen Krieges will es Augen und Herzen auf den hienigen, der arm geworden ist, um uns reich zu machen.

Innertlich durch die ewige Liebe reich gemordene Leute können dienen und geben, auch vor dem vierten Kriegswinter nach bei seinen Freunden anzuklopfen mit der beralichen Bitte: Bereitet den fast 8500 Kindern, Kranken und Seelmallosen in unseren Hüttern eine Freude und denkt auch an unsere vorwunden Krieger. Fast alle hoffen auf eine kleine Gabe. Besonders willkommen sind natürlich die Kleiderstücke aller Art, daneben Saaren und Tabak, Bänder und Wäber für die Frauen, Spielzeug für die Kleinen und Geld, um das zu kaufen, was O G und kleine erfreut. Je eher es geteilt wird, um so besser können wir alles so verteilen, daß jeder etwas erhält.

Mit herzlichem, dankbarem Weihnachtsgruß an alle Freunde von Bethel

**F. v. Wedelschwin, Pastor.**

Bethel bei Bielefeld, im November 1917.

## Fohlenverlosung.

Die Sonderklasse der **Verlosung Sachsen** verlost am **Sonntag den 1. Dezember d. J.** **vormittags 10 Uhr** in **Halle (Saale) Katherische** Linke Seite: Straße der Wirtschaftskasse

**ca. 120 Fohlen leichtes Schlages** im Alter von  $\frac{1}{2}$ — $1\frac{1}{2}$  Jahren  
 in **zwei** der **Verlosung Sachsen**, welche sich als **so**, **aa** werden können, gegen **Barzahlung**. Die Fohlen werden für **20** abgeben.



Um Kohlen zu sparen, soll während des Winters **1917/18** nur der **Dom** allsonntäglich geheizt werden und allen evangelischen Gemeinden der Stadt als gottesdienstliche Stätte dienen. In bestimmter, aus den Gottesdienst-Anzeigen zu ersiehender Reihenfolge werden vom **1. Adventssonntage** an alle Pastoren der Stadt im **Dom** predigen. — Ausgenommen von dieser Regelung sind die Festtage (Weihnachten, Silvester, Neujahr und Kaisergeburtstag), an denen für alle evangelischen Kirchen der Stadt Heizung genehmigt ist.

## Bithorn, Superintendent.

### Gewinn-Auszug

der **10. Preuss.-Südd. (236. Kgl. Preuss.) Klassen-Lotterie** 5. Klasse, 10. Ziehungstag, 27. November

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne zu zahlen, und zwar je einer auf die Lose dieser Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(ohne Gewähr)	(Nachdruck verboten.)
2 Gewinne zu 40.00 M 2548	2 Gewinne zu 200 Mark gezogen.
2 Gewinne zu 10.000 M 42030	1a der Vermittlungszahlung wurden Gewinne über 200 Mark gezogen.
4 Gewinne zu 5.000 M 21371 22635	
54 Gewinne zu 5.000 M 14430 16924 24101 28906 43195 52340	
32153 77678 79542 80485 88488 91434 92189 112344 119459 129 38	
137243 1390932 162714 165203 168749 171749 174435 182251 184085	
191910 22639	
132 Gewinne zu 1000 M 187 5340 5578 8254 9132 9658 10420	
33340 10149 18444 20342 22301 27880 33950 38730 41427 42380 44348	
47394 52769 52953 53018 62612 73912 81773 83457 91302 93704 93920	
97329 104531 109802 112542 112557 122501 133340 134301 135725	
148490 149133 153508 155543 161113 112343 163005 163035 172210	
171843 171839 171960 172048 173071 181793 182135 189097 190307	
202203 203221 208810 212515 213388 213557 214108 220673 233770	
229042	
220 Gewinne zu 500 M 1684 2063 2072 6779 10094 10780 13032	
14720 18076 17154 25859 26193 32239 33283 33775 35479 37078 37413	
39140 39869 40389 40454 40955 42072 44770 45921 45918 47093 48066	
48222 48284 54355 55761 57375 58977 62064 63393 65190 72284 74049	
7483 81771 82693 84569 85998 89506 90047 93354 94845 100170 100493	
102030 102093 102215 103742 109333 111433 111691 112093 114339	
115110 116784 118403 123878 128544 131033 131394 132921 137715	
139293 142303 148926 152938 155223 158837 159372 159805 159917	
144534 138751 167895 171899 17140 174176 174781 175319 177868	
18075 178329 180747 180515 181139 183832 185115 185211 185398	
18700 189281 189852 207343 201033 204181 211039 214998 216459	
21712 218293 218894 220913 221205 222845 223218 237427	

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 200 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 1500 M 10039
2 Gewinne zu 1000 M 222031
6 Gewinne zu 800 M 31636 131079 214564
74 Gewinne zu 500 M 17014 23221 32707 33379 36712 42500
23412 24924 24955 25761 25785 26977 32064 33393 35190 37644 114241
116224 121704 124382 134819 138228 149070 156030 156039 162672
171933 172717 174701 181034 183953 200192 205291 212928 212319
217074 218045 221698
152 Gewinne zu 1000 M 1922 4627 935 11763 11724 11199 11793
12113 17761 19050 31704 30190 41226 41278 45912 47861 50343 63273
62024 63112 63770 71383 73785 73983 74602 78405 79284 83805 90514
95422 98374 102215 105430 106483 112550 117811 117811 117811 117811 117811
126419 129182 133499 136982 137036 141487 144432 144471 148722
149371 149404 149893 150114 151766 160992 174656 177989 179521
182123 183008 188713 188380 192537 200937 211789 211035 214221
214544 215145 223659 224499 228490 228494 238144 238144 238144
232010
198 Gewinne zu 500 M 383 1897 935 11763 12193 14353 18438
17924 18541 21068 21679 22013 30274 32883 47216 49377 57958 57440
62024 64149 67701 69088 69216 71192 74393 77893 79210 9018 83743
91870 92113 92328 97618 97851 99726 91445 91640 92705 93057
93900 96208 96343 102609 104102 105597 107440 107440 107440 107440
108000 124426 127293 130696 131738 131901 132321 133421 148444
158910 159355 154397 158928 163323 164103 16140 16140 16140
167893 169747 169991 170231 171350 174537 177069 179202 189223
182047 189493 190819 190833 191815 193200 191109 192927 189490
200931 203014 204895 207836 208013 209957 210635 214005 217402
220189 222111 225614 226300

Achtung! Achtung!

**Christbäume**  
 sind angekommen u. zu verkaufen.  
**Frau Henriette Meyer,**  
 Schmale Str. 10.

**Ziegen-, Hasen- u. Kaninchen-Felle**  
 kauft **Franz Zuchardt,**  
 Rom f 28

**Kammer-Lichtspiele**  
 Kl. Ritterstr 3 Fernr. 529  
 Heute Mittwoch, morg. Donnerstag  
 ein erstklassiges  
**Schauspielprogramm**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 In Kürze eine temporäre volle  
 Künstlerin Fr. Elen Richter.

**Rechen- und Schreibarb.**  
 werden kann u. o. w. fleißig aus-  
 geführt. Rechenfch. für einige  
 Abendstunden. Off u. K. L. 80  
 an die Exped. d. Bl. er.

W. v. erlich. W. v. erlich. in den  
 W. v. erlich. W. v. erlich. in den  
 W. v. erlich. W. v. erlich. in den  
 W. v. erlich. W. v. erlich. in den

**Lehrling**  
 mit guten Schulkenntnissen unter  
 günstigen Bedingungen.  
**Otto Bretschneider,**  
 Eisenwarenhandlung.

Jünges Mädchen, welches in  
 einem Haushalt alle häuslichen  
 Arbeiten verrichtet und sich als

**Verkäuferin**  
 ausbilden will, gegen sofortige  
 Vergütung gesucht.  
 Zu erfr. in der Exped. d. Bl.

**Für Stadthandischäft**  
**Bierfahrer**  
 (guten Pferdeplauer)  
 sofort sucht **Der-Bürger, 2.**

**Frau oder Mädchen**  
 zum Nähen oder zum Saufen ge-  
 sucht.  
**Karl Köpfe,**  
 Garb. rdtler Nr. 24

**Ordnungliche Aufwartung**  
 gesucht **Weineauer 17, 1. Et.**

**Frau**  
 zum Reinemachen der Kontorräume  
 gesucht **Frederichstr. 8.**

**Arbeiter oder**  
**Arbeiterinnen**  
 sucht sofort  
**A. Hechtel, Daddelstr.,**  
 Lindenstr. 1.

**Lebensmittelheft 8307**  
 verloren an. an. an. an. an. an.  
**Günther, Gottfriedstr. 13.**

**Soldatenmütze (krau)** Sonn-  
 abend verloren. Gegen  
 Belohnung abzugeben  
**Al. Ritterstr. 14.**

**Montag (8. Nov.)** dem blauen  
 Samtbeutel auf dem Wege  
 Schmale Str. Ritterstr. Bismarck-  
 Str. 6. Soma für verloren. Gegen  
 gute Belohnung abzugeben bei  
**Dr. Gwalde, W. v. erlich.**

Siehe eine Beilage.



Provinz und Umgegend.

Deuten, 28. Nov. Seit Sonnabend mühen in den Tagebauern der Gruben „Emma“ und „Schade“ (Bergbau-Beispieler Braunkohlen-Attien-Gesellschaft) ausgedehnte Kohlenbrände. Weithin sind die gewaltigen Brandwolken zu sehen. Der Nordteil des Dorfes Gammig ist sogar gefährdet, so daß die dortigen Häuser von ihren Bewohnern verlassen werden mußten. Solange der Sturm noch anhält, kann man nur das weitere Umdringende der Feuerherde zu hindern versuchen, da das vergräbete Wasser äußerst knapp ist und erst von Treibnis aus, durch mehrere hundert Meter lange Schlauchleitungen gepumpt werden muß. Auch der am Sonntag einsetzende Regen vermochte die Brände nicht zu löschen. Zu hoffen ist, daß der Sturm nicht nach Südost umspringt, da in diesem Falle das Dorf Gammig gefährdet ist. Die „J. N. R.“ schreiben, ist vermutlich die Entstehung des Feuers infolge des orkanartigen Sturmes auf von Baggenlotomotoren in die Tagebaue hineingeworfene Funken zurückzuführen.

Bitterfeld, 28. Nov. Die Gebrüder Werke kaufen von der Stadtgemeinde Bitterfeld das Grundstück ab, auf dem sich ein 40 000 Quadratmeter großes Gelände in der Bitterfelder Flur, wo gute Braunkohle gebot wurde.

Magdeburg, 28. Nov. 7 Bahnenbeamte, ein Lokomotivführer, ein Hilfs-Lokomotivführer, ein Rangiermeister, zwei Rangierer und zwei Bahnarbeiter, die in der Nacht zum 24. November auf dem Hauptbahnhof aus einem plombierten Eisenbahnwagen 1. Post Klasse getötet wurden und gleich an Ort und Stelle getötet waren, wurden festgenommen. In der Wohnung des einen Arbeiters wurden eine Anzahl Bücher mit Fleisch- und Gemüselisten und in der des einen Rangierers ein handbändiger Reisepass gefunden, die nach aus Eisenbahnrechtlich zu betrachten.

Burg b. Magdeburg, 27. Nov. Zwei englische Kriegsgesangene wurden auf dem hiesigen Bahnhof, in einem Bremserhäuschen verhaftet, aufgefunden und festgenommen. Sie waren aus dem Gefangenenlager in Brandenburg entwichen. Ein Eisenbahnunfall ereignete sich nachts ummit des Stationshofes. Ein von Berlin kommender Güterzug fuhr einem rangierenden Zug in die Klante. Die Maschine und sieben Waggons des rangierenden Zuges wurden beschädigt, ebenso ein Teil der Ladung, die aus Kartoffeln und Kohl bestand. Personen sind nicht verletzt. Die Ursache des Unfalles ist noch nicht aufgeklärt. Der Verletzte wurde nicht beeinträchtigt.

Bernburg, 27. Nov. Das Gehöft der ehemaligen Domäne Mehringen mit sämtlichen Gebäuden und Gärten nebst 100 Morgen Plantagen und Hutungen ist vor kurzem an den Obsthändler Albert Hirsche-Berlin und den Landwirt Leopold Steuber-Fredelen weiter veräußert worden. Die neuen Besitzer beschließen das ganze Gelände in Obst- und Beerenobst-Kulturen umzuwandeln.

Altendorf, 28. Nov. Nachdem die Kohlenfelder der Gemarkung Kröben und Wölsdorf von den beiden Kröbener Kohlenwerke gekauft worden sind, haben sich auch Wölsdorf für den unter dem nördlichen Teile der Flur Wölsdorf hiesige Kohlenfeld, das von zehnjähriger Mächtigkeit ist, gefunden. Welches Kohlenwert sich diese Kohlenfelder geistert hat, ließ sich noch nicht feststellen, da es aufwärtiger Mittelstrecken vorgeschickt worden sind, wie dies in denartigen Fällen oft geschieht. Der Kaufpreis übersteigt alle bisher gehaltenen Summen.

Horbach, 28. Nov. Die Probehaft eines elektrischen Straßenbahnwagens mit einem angehängten vollbeladenen Kohlenwagen auf der steileren Linie durch die Stadt fand hier in Gegenwart von Stadterordneten, Kohlenhändlern und Spektatoren statt und verlief zur vollen Zufriedenheit, so daß recht bald in gleicher Weise die elektrische Straßenbahn zum Gütertransport, besonders auch zur Beförderung von Kohlen und Kartoffeln herangezogen werden wird.

Stadtlm, 27. Nov. Über Salzhamsterei wird der „Radolfst. Ztg.“ von hier geschrieben: Viele Leute aus den Waldorten, auch aus Großfeldern waren hier, um ihren Bedarf an Salz zu decken, und wurden bis zu einem Zentner geholt. Durch den Preisrückgang Landrat ist nunmehr verboten worden, Salz in größeren Mengen als 1 Pfund für die Familie abzugeben.

Merseburg und Umgegend.

28. November.

Im Kampfe für Vaterland gefallen. Den Helmentod erlitt in den letzten Kämpfen der Gefreite Otto Herzl, Sohn des Maurers Oskar Herzl von hier. Er war Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse. Erhe seinem Andenken.

Gründliche Aktenvernehmung. Die Parteien vom früher Schlichtenden Plane an der Gasanstalt sollen Donnerstag vormittag von 10 bis 11 Uhr im Magistrats-Geschäftsamt verhandelt werden. Vergl. Anzeiger.

Tollverleugung. Die Landwirtschafsstammer verlor am Sonnabend den 1. Dezember in Salze (Autobusstraße) an 120 Tollen. Vergl. Anzeiger.

Vom Kl. Domkapitel. Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Direktors fand gestern die Vortragsprüfung des zum Heresident einberufenen Decriminators Gottfried Wuttke, Sohn des Pastors Wuttke hier, statt. Er erhielt das Zeugnis der Reife.

Wieder Fruchtmittel. Zur Gewinnung von Wagn für Futter, Düngemittel und Salz wird für Donnerstag den 29. und Freitag den 30. d. Mts. die Annahme sämtlicher Fruchtmittelgüter gestattet. Eilige Lebensmittelbestellungen dürfen als Eilgeschäft angenommen werden.

Gemeinjahr Gottesdienst der evangelischen Gemeinden im Dom während des Winterhalbjahrs. Die Gemeindevertretungen der hiesigen evangelischen Kirchen haben beschlossen, um Kohlen zu sparen, während des Winterhalbjahrs nur im Dom Gottesdienste abzuhalten. Diese Kirche wird allmonatlich gehalten. In bestimmter Reihenfolge werden vom 1. Adventssonntage ab alle Kirchen der Stadt im Dom predigen. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Festtage (Weihnachten, Epiphany, Neujahr und Karfreitag), an denen für alle evangelischen Kirchen predigen genehmigt ist.

Wichtig für Bekannte. Wir weisen nochmals darauf hin, daß militärisch Juridischelle bei Eisenbahnfahrten stets ihre Juridischellungszustände mit sich führen müssen, andererseits Besondere erfolgen kann.

Die buntesten Wochen im Jahre sind von Mitte November bis Mitte Januar, wemgleich schon mit Wintersanfang der Weihnacht ereicht ist. Aber wir merken erst von der Januarmitte ab die Besetzung bis dahin bleibt uns die Erinnerung. Diese dunkle Zeit ist sonst wesentlich dadurch gemildert worden, daß die Schaulust der Gesellschaften in der Weihnachtszeit im hellsten Glanze strahlen und bis zur Weihnachtszeit sind wir bald vorgerückt. Am Sonntag war der letzte Sonntag im Kirchenjahr, dem die Adventszeit folgt, und mit der die „fröhliche, seltsame Zeit“ ihre vollen Rechte gewinnt. Die mangelnden Kohlen zwingen dies Jahr zur Beschneidung der schönen Beleuchtung, die Freude und die Hoffnung müssen uns über die grauen Erscheinungen hinwegheben. Frau Sonne weiß sich ja auch in ihnen dann und wann Eintritt zu verschaffen. Sehen wir aber jetzt noch einmal nach, da jeden Tag Schnee kommen kann, was wir für helles Schaulust und helles Aussehen und leuchtende Fenster tun können. Ob alle Geräte zur Eis- und Schneebeleuchtung zum Ende sind und eine feste geschäftliche Interne ist zum Überdauern von möglichst langer Zeit. Herbst schließt auf den Winter zu und wir markieren mit in starkem Willen auf festes Durchhalten. Das Volk hat schon im Frieden gesagt: „Sind wir erst in den dunklen Wochen drin, dann wird wir auch bald wieder heraus!“ Und das soll für die Kriegszeit erst recht gelten.

Kantinen, Salen und Kassen. Von der Betanmungskommission, betreffend Beschlagnahme, Behandlung, Verwendung und Meldepflicht von rohen Kantinen, Salen und Kassen und aus ihnen hergestellten Leber vom 1. Juni 1917 (H. L. 800/4, 17. K. R. M.) werden durch die Kriegs-Kontroll-Abteilung des Kriegsministeriums Ausnahmen mit Wirkung vom 24. November 1917 ab angelehnt. Während der Zeit der Besetzung des Landes, sofern er nicht Mitglied eines Kantinenvereins war, beschlagnahmte Stelle nur an einen Händler (Sammler) veräußern durfte, ist ihm nun eine Veräußerung auch an die Vereinsmedikelle eines Kantinenvereins seines Wohnortes gestattet. Am gleichen Tage tritt eine Bestimmung der Wirtschaftsminister über den gleichen Gegenstand in Kraft. Während bisher alle Personen, welche Kantinen, Salen und Kagen geschlachtet haben, deren Stelle unter bestimmten Bedingungen zwar veräußern dürfen, aber hierzu nicht gezwungen waren, besteht nun eine Verpflichtung, die Stelle binnen sechs Wochen nach der Veröffentlichung der Bestimmung beim Kantinenverein der regelmäßig an die Vereinsmedikelle eines Kantinenvereins ihres Wohnortes oder an einen Händler (Sammler) zu veräußern.

Meldepflicht für Elektromotoren. Bei Revisionen das es sich gezeigt, daß vielfach beschlagnamte und meldepflichtige Elektromotoren nicht angemeldet worden sind. Alle Elektromotoren mit einer Leistung von 2 PS an aufwärts, die sich nicht dauernd in tragswichtigen Betrieben in Benutzung befinden, sind aus amtlichen Meldeordnungen beim Wumbo R. III anzumelden. Von der Meldepflicht sind ausgenommen die in Kraftfahrzeugen (Autofahrer) eingebaute Elektromotoren, sowie die in Kraftfahrzeugen in Betrieb befindlichen, sowie kleine Maschinen, die regelmäßig in einem Betriebe benutzt werden, der unter § 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 6. Dezember 1916 fällt. (Betriebe, die für Zwecke der Kriegsführung oder Volkserziehung unmittelbar in Benutzung haben.) Meldearten sind unter Angabe der Stromart (ob Gleich- oder Wechselstrom) bei der Meldebehörde anzumelden oder beim Wumbo R. III, Berlin SW 15, Kurfürstendamm 193/194, durch Postkarte anzufordern.

Sperre für Feldpostämter. Ähnlich wird bekanntgegeben: Wegen der großen Beförderungsschwierigkeiten werden Feldpostsendungen im Gewicht von über 50 Gramm (Schonungen) für den Postverkehr gesperrt, und zwar ohne Unterschied, ob sie ins Feld oder im Inlande befindliche Truppen gerichtet sind, für die Zeit vom 15. bis einschlt. 24. Dezember von den Postanstalten weder angenommen noch befördert. Die gleiche Verkehrsbeschränkung tritt mit Rücksicht auf den Neujahrsbriefverkehr: wie im Vorjahr für die Zeit vom 29. Dezember bis einschlt. 2. Januar ein. Das Postfach wird geteilt, möglichst schon in den ersten acht Tagen des Dezember aufzufüllen, da für später eingekerkerte Sendungen kaum die Möglichkeit besteht, sie bis zum Weihnachtsfeste den Empfängern zuzustellen.

Gemeine aus Italien? In dem Amtsblatt der Reichsstelle für Gemüsh und Obst wird eine baldige Abgrenzung der ersten Gemüsh-Nachricht in Aussicht gestellt. Unter den Gemüshen ist heißt es, was es hauptsächlich Bismarck sowie Krümel- und Wirtung, die aus dem fruchtbarsten oberitalienischen Tiefland in Deutschland eingeführt wurden. Die ersten Krümel und Erdbeeren lieierte die So-Gene, und auch die frühen Kartoffeln, die man als „Malla-Kartoffeln“ taufte, wurden auf dem Wege der ersten Gemüsh-Sperre in der letzten Wochen erstarkt haben. In dem letzten Wintermonat, in denen das inländische Gemüsh knapper und schlechter im Bekam wird, konnte uns das oberitalienische Tiefland mit Gemüshlieferung sehr nützlich sein. Am dem Gedanken einer wirtschaftlichen Ausweitung dieser Lieferungen näherzutreten, findet in diesen Tagen in der eine 30 000 t an eine Gefahrung eines Wirtschaftsnotens hat, zu der Abrechnungen der österreichischen und der deutschen Regierung erscheinen werden, die Mittel und Wege finden sollen, damit dem Boden möglichst große Mengen Gemüshes und Obstes abgenommen werden. Man darf hoffen, daß es gelingen wird, die wirtschaftlichen Schätze des eroberten Landes zu heben und sie auf die Volksernährung dienlich zu machen. — „Man darf also wieder einmal hoffen!“

Merkmale der äußerlich erkennbaren Mängel der Verpackung der Lieferung von Gütern. Bei

Fruchtmittel und Epzegehältern in nachstehend bezeichneten Verpackungarten sind vom Verender gemäß § 62 der Eisenbahn-Betriebsordnung die äußerlich erkennbaren Mängel der Verpackung auf dem Fruchtmittel und der Paketadresse anzugeben. Sade, die statt aus fetter Jute aus wenig widerstandsfähigen Ersatzstoffen (Leinwand, Baumwolle, dünnem Leinen, Papierstoff oder dergl.) bestehen: Ballen mit Umhüllungen aus diesen Ersatzstoffen; der Beschluß von Säden, Ballen aus durch Papierhülle, Kisten jeder Größe, deren Deckel, Böden oder Seitenböden zu schwach sind, z. B. Kisten mit gemauerten Füllungen, wenn nicht etwa durch Drahtumwicklung genügende Festigkeit geschaffen ist; Kisten mit weit auseinanderstehenden Brettern oder Latten, durch deren Lücken der Inhalt herausfällt oder herausgenommen werden kann; Ballen mit weicher oder brüchiger Verpackung; Kantons jeder Größe, die bei Druck, Stoß oder Wälz-Behandlungen erleiden, so daß der Inhalt verdrückt oder leicht greifbar für Veräußerungen wird.

Der Verein zur Förderung der Jugendpflege veranstaltet in der Gantenburg hier eine Ausstellung des Kriegsveteranenvereins, der Jugend und Volkshilfen und Altworters für Schule, Haus und Jugendheim. Die Eröffnung findet am kommenden Sonntag zwischen 12 Uhr statt. Wir machen noch heute auf diese Ausstellung aufmerksam. Der Eintritt ist frei.

Festgenommen wurde am Dienstag der 19. Jahre alte Arbeiter Friedrich Schmidt von hier. In seinem Besitz befand sich ein großer Handkoffer, über dessen Herkunft er keinen zureichenden Nachweis erbringen konnte. Später wurde festgestellt, daß er noch zwei weitere Koffer auf dem Bahnhof Halle lagern hatte. Bei der Vernehmung gab er an, die drei Koffer von einem Unbekannten gekauft zu haben. Anschließend sind die Koffer geöffnet. Die dahingehenden Ermittlungen sind im Gange.

Keine Erhöhung der Kartoffelration!

Eine Antwort

des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts.

Von vielen Seiten ist das Kriegsernährungsamt ersucht worden, die Kartoffelration von 7 Pfund pro Kopf und Woche auf 10 Pfund heraufzusetzen. Man hat sich vielfach auch der Hoffnung hingeeben, daß er nach einer Erhöhung mit Rücksicht auf den Anfall der Kartoffelernte möglich sein werde. Alle dahin gehenden Hoffnungen werden sich jedoch nicht erfüllen; es bleibt vielmehr bei dem Satze von sieben Pfund pro Kopf und Woche. Auf eine Anfrage an den Staatssekretär des Kriegsernährungsamts erteilt dieser folgende Antwort:

„Eine Erhöhung des gegenwärtigen Kartoffelwochenverbrauchs von 7 Pfund ist nicht möglich. Nach dem vorläufigen Ergebnis der gegenwärtig einer Nachprüfung unterliegenden Erntemittlungen erheicht es zweifelhaft, ob die in Bezug auf den Anfall der diesjährigen Kartoffelernte gehaltenen Erwartungen sich tatsächlich in vollem Umfang erfüllen werden. Jedenfalls liegt aber der bereits festgelegte Kartoffelbedarf der Volksernährung und der Kriegsinfanterie schon bei Zugrundelegung des Satzes von 7 Pfund unter Berücksichtigung eines weiteren Kindes als Ausgleich für die entstehenden Schwerwunderte an die Kartoffelratione zu starke Anforderungen, daß die durch eine Erhöhung des Verbrauchsbedarfes bedingte neue Versorgungsanfrage von den Lieferberätern tatsächlich nicht mehr ausgebracht werden könnte. Die Durchführung einer Heranzuführung der Wochenlopfmenge würde aber auch an den bestehenden Verbrauchs- und Vertriebschwierigkeiten, vor allem dem Mangel verfügbarer Eisenbahnwagen, und an der Unmöglichkeit, während der Feiertage die Beförderung von Speisekartoffeln vorzunehmen, scheitern. Da im übrigen mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß im Laufe des Wirtschaftsjahres die Knappheit des Brotgetreides zu einer Erhöhung des derzeitigen Prozentsatzes des Streckungsmaterials zwingt, und daß an anderen Lebensmitteln Ausfälle eintreten, so muß aus den noch vorhandenen Kartoffelüberschüssen eine Reserve gebildet werden, um mit deren Hilfe kommende Bedarfsfälle decken zu können.“

Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt in Merseburg

erstattet haben ihren Tätigkeitsbericht für das Jahr 1916, das in noch geltender Weise als das Vorjahr und in vollem Umfang unter dem Druck der Kriegszeit stand. Bei erheblich vermehrter Geschäftslast machte sich die Einziehung einer großen Zahl von Beamten zum Heresident immer empfindlicher bemerkbar, so daß die Umstellung weiterer, meist weiblicher Hilfskräfte erforderlich wurde. Die Zahlen der Rentenentragungen aller Art (Witwen-, Invaliden-, Kranken-, Jubiläums-, ferner der Hinterbliebenenrenten, Witwen-, Witwen- und Waisenversicherungen) waren durchweg höher als die entsprechenden Ziffern im Geschäftsjahre 1915. An Unfallunfälle wurden 196 904 ausgeglichen und dafür insgesamt über 5 900 Mark Vergütungen ausgezahlt; an ungenutzten Lebensversicherungen gingen im Jahre 1916 ein: 672 190, von denen der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt 578 734 angehören; die Zahl der bei 1891 umgesetzten Leberungsarten betrug auf 16 808 200, davon 14 767 696 bei der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. Die Ausgabebelastung mit Renten betrug im Berichtsjahre 1916 über 292 200 Mark, gegen das Vorjahr 1 145 685 Mark mehr (Steigerung 1802 Prozent).

In den Statistik der Landesversicherungsanstalt in Schloß (Gatz) und Hoberg und in ihrem Invalidenheim führte die Knappheit der Lebensmittel zu unermesslichen und unermesslichen Einschränkungen in der Verpflegung, doch sind die Ernährungserhältnisse immerhin noch als zureichend anzusehen. Die Zahl der im Be-







# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,80 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 1,80 Mk.; durch die Post 2,22 Mk. einchl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.  
— Fernsprecher Nr. 324. —

**Gratifikationen:**  
Subskribiertes Unterhaltungsblatt  
Landwirtschaftl. u. Handelsbeilage  
Wissenschaftliches Monatsblatt  
Lotterielisten — Ausgesetzt

Anzeigenpreis: für die einpaltige Zeitspalte oder deren Raum 25 Pfg. Anzeigenpreis 50 Pfg. Circularen und Nachweilungen 20 Pfg. mehr. Anzeigen ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.  
—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:

Nr. 279

Donnerstag den 29. November 1917

44. Jahrg

## Erbitterte Kämpfe um Bourlon - Fontaine.

### Fortschrittliche Fürsorge für den gewerblichen Mittelstand.

Von Hugo Wente.

Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses.  
Die Fraktion der fortschrittlichen Volkspartei im preussischen Abgeordnetenhause hat den nachstehenden Antrag eingebracht:

Die königliche Staatsregierung zu eruchen, im Interesse der Erhaltung eines kräftigen gewerblichen Mittelstandes darauf hinzuwirken, daß eine Zusammenlegung gewerblicher Betriebe nur dort angeordnet wird, wo nachgewiesenermaßen eine erhebliche Ersparnis an Heiz- und Leuchtstoffen erzielt wird, und ferner dafür Sorge zu tragen, daß diese Zusammenlegung nur so lange, als unbedingt nötig, aufrechterhalten werden.

Jetzt werden vielfach auch solche Meister aus ihren Betrieben herausgerissen, denen die Wohnstätte zugleich auch als Arbeitsraum diene, und denen die einzige Lichtquelle, die der ganzen Familie diene, zugleich zu ihrer Arbeit leuchte. Wo bleibt da die Ersparnis an Leucht- und Heizstoffen? Die Familie kann ja doch nicht den Winter über im Kälte- und im Finstern sitzen. Dahn- gegen muß der neue Arbeitsplatz des Meisters doch auch erleuchtet werden. Hier wird nicht nur nichts erspart, sondern im Gegenteil noch etwas vergebend. Des weiteren will der Antrag, daß die Zusammenlegungen nur so lange, als unbedingt nötig, aufrechterhalten bleiben sollen. So mancher selbstständige Handwerker, der durch die Zusammenlegung zum Fabrikarbeiter geworden ist, wird, wenn sich seine Grundstift erst einmal gründlich verlaufen hat, gerichts mehr in der Lage sein, seinen alten Betrieb wieder anzunehmen. Er wird es vorziehen, Fabrikarbeiter zu bleiben, oder sonst seinen Beruf wechseln. Und wo bleiben die Gehilfen bei den Zusammenlegungen?

mit  
den  
Hagen  
die  
Zula  
Erziehu  
nötig, da  
wird, ob  
Kriegsge  
Ein w  
haus erl  
im In  
ber m  
hinzu  
der Re  
vorwie  
auch d  
wiesen  
Zeit  
weniger  
getreide  
ang ge  
auch die  
Getreide  
kauf un  
es dann  
Die viel  
liegen in  
das ber  
brauchte  
große  
Mengen  
von Kohle  
verbraucht  
werden,  
bleiben  
die  
Wasserkräfte  
unbenutzt.  
Außerdem  
wird das  
Getreide  
transportiert.  
Etwas  
Widerstrebendes  
kann  
man  
sich in  
Zeiden  
der Kohlenknappheit  
und des  
Mangels  
an  
Verkehrsmitteln  
wohl  
nicht  
denken.  
Das  
Wehl  
geht  
den  
Bekanntesten  
dann  
zumeist  
auch  
wieder  
aus  
weit  
abgelegenen  
Kreisen  
zu,  
also  
ein  
ganz  
unnötiger  
Hin-  
und-  
Herrtransport.  
Das  
jetzt  
beliebte  
Verfahren  
muß  
aber  
auch  
auf  
die  
Dauer  
zum  
Nutzen  
des  
Mittelstandes  
im



Müllergerber führen. Denn wie soll der Müller seine Hypothekenzinsen aufbringen, wenn er nur wenige Wochen im Jahre für die Selbstverbraucher beschäftigt ist. Zu letzter Zeit hat man vielfach auch den Mühlern den Umbau von Getreide gegen Mehl unterlag. Dabei ist es technisch ganz unbedenklich, jedem Selbstverbraucher seinen oft ganz kleinen Botten Getreide getrennt zu vermalen.

### Zur Wahlrechtsreform in Preußen.

Die Wahlkreisreinteilung.

Die Gesetzentwürfe zur Umgestaltung des preussischen Landtags wollen die bisherige längst veraltete Wahlkreisreinteilung für die preussischen Landtagswahlen in vollem Umfang aufrechterhalten. Die bisherigen 276 Wahlkreise sollen unverändert bestehen bleiben. Von diesen 276 Wahlkreisen wählen 122 je einen, 121 je 2 und 23 je 3 Abgeordnete. Die einzige Neuerung, die vorgeschlagen wird, ist, daß 12 Wahlkreise — die ganz besonders volkreicher — das Recht erhalten sollen, je einen Abgeordneten mehr zu wählen. Und zwar die beiden Wahlkreise Seltow-Beeston und Stadt Köln, die bisher nur 2 Abgeordnete wählen durften, sollen künftig je 3 wählen. Und 10 Wahlkreise, die bisher nur einen Abgeordneten wählen konnten, sollen je zwei wählen dürfen, nämlich Charlottenburg, Schöneberg, Prenzlau, Köpenick, Biesdorf, Rationier-Königsberg, Krefel, Bochum, Gelsenkirchen, Duisburg, Essen und Mühlheim a. d. Ruhr. Die Neueinteilung der Wahlkreise ist eine Voraussetzung für die Wirkung der neuen Wahlrechtsreform. Von einem gleichen Wahlrecht kann nicht die Rede sein, wenn, wie bei den letzten Landtagswahlen im Jahre 1913 in Hohensollern, Franckenstein, Mühlberg und Verderfshausen noch nicht 40 000 Einwohner auf einen Abgeordneten entfallen sind. Durch die Vermehrung der Zahl der Abgeordneten um 12 steigt die Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses auf 455. Was ist die Ursache der abnorm hohen Wahlkreiseinteilung? Der Grund ist die abnorm hohe Erhöhung der Zahl der Abgeordneten ist aber nur erträglich unter der Voraussetzung, daß gegenwärtig auf eine allgemeine Wahlrechtsreinteilung verzichtet wird, um eine Hinausögerung der Wahlrechtsreform zu vermeiden, daß aber eine Wahlkreisreinteilung von Grund aus neu ausgearbeitet wird, sobald die heutige Wahlrechtsreform durchgeführt ist.

### Das Budgetrecht des preussischen Landtags.

Bisher konnte das preussische Herrenhaus den Etat nur im ganzen annehmen oder ablehnen. Das Recht, über Ausgabenposten im einzelnen zu entscheiden, stand allein dem Abgeordnetenhause zu. Nach dem Gesetzentwurf zur Abänderung der preussischen Verfassung soll künftig das Herrenhaus das Recht erhalten, Ausgaben im betragsmäßigen Etat, die des Abgeordnetenhauses gestrichen oder herabgesetzt hat, vor der Zustimmung über den Gesamthaushalt zur Entscheidung zu bringen und im Falle einer Nichtübereinstimmung mit dem Abgeordnetenhause einem aus Mitgliedern beider Kammern gebildeten Verständigungsausschuss zur Beschließung zu unterbreiten. Diese Regelung bedeutet eine Verschärfung der Zuständigkeiten zwischen Abgeordnetenhause und Herrenhaus zugunsten des letzteren. Eine Einschränkung des Budgetrechts des Abgeordnetenhauses bedeutet auch die von der Regierung vorgeschlagene neue Bestimmung im Artikel 62 der Verfassung: „In den Staatshaushaltsetel können Ausgaben, die im Entwurf nicht vorgesehen sind, oder Erhöhungen von Ausgabenposten über den Betrag der von der Staatsregierung vorgeschlagenen Summe, von der zweiten Kammer ohne Zustimmung der Staatsregierung nicht eingeleitet werden.“ Die Regierung behauptet in der Begründung, diese Neuerung gebe nur bestehendes ungeändertes Recht wieder. Das ist nicht zutreffend. Wird diese Neuerung eingeführt, so verliert das Abgeordnetenhause das Recht, im Etat beispielsweise Kulturaufgaben oder Beamtengehälter zu erhöhen. Eine weitere Neuerung will die sogenannten Notetatsvergleiche bei nicht rechtzeitiger Fertigstellung des Etats überflüssig machen. Darüber läßt sich reden, wenn nicht die vorgeschlagene Neue-

zung in ihrer Allgemeinheit die Gefahr in sich trägt, daß im Falle einer Budgetverweigerung der Landtag dadurch völlig ausgeschaltet würde und die Regierung das Recht erhielte, ohne Landtag weiter zu wirtschaften.

### Das Vertrauen zum Volke.

Es ist peinlich, wenn Kinder etwas auftragen sollten und schamhaft hinstehen bleiben. Peinlicher, wenn preussische Staatsminister Gelegetenreden mit inhaltlosen Phrasen „begründen“ wollen.“ Mit diesen Worten hat die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ am Montag Morgen die Wahlrechtsreform für Preußen begrüßt. Der spirituelle Hinweis auf die „Begründung“ gilt verhältnißmäßig vor allem den Ausdrücken des Vertrauens zum Volke, die sich in der Begründung des Gelegetenworts betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhause finden. Da wird herangezogen, daß das preussische Volk im Kriege opferwillig und staatsstreu befunden worden ist, und deshalb das Maß der staatsbürgerlichen Beteiligung des Volkes an den Angelegenheiten des Reiches, vom Standpunkt gesetzigeterrtrauens nachgeprüft und neu gestaltet werden muß, wobei es sich nicht um eine Befragung des Volkes, sondern vielmehr um „einen Akt des Vertrauens in das Volk“ handle, „das in den schweren Schicksalen des Krieges keine Reife erwiehen hat“. Ganz besonders wird die Beteiligung des Dreiklassenwahlrechts und sein Ersatz durch das gleiche Wahlrecht als ein Akt des Vertrauens gekennzeichnet in nachstehenden Sätzen der Begründung des Wahlrechtsgelegetenworts:

„Mit das Volk durch den Weltkrieg, der seine Kräfte aufs höchste angepannt und unterirdisch aus jedem einzelnen Staatsbürger die gleichen Leistungen, die gleichen schweren Opfer für Gehalt und Zukunft des Vaterlandes gefordert hat, über das bestehende Wahlrecht hinausgehen zu lassen, so wird diesem reif gewordenen Volke die Mitwirkung an der Fülle seiner Staatsaufgaben auf dem Boden staatsbürgerlicher Verantwortlichkeit ohne Bedenken anvertraut werden können. Das unumschränkte Vertrauen in das Volk, auf dem die Einkämmung des gleichen Wahlrechts beruht, wird der Erfüllung seiner neuerartigen Aufgaben zugute kommen. Sie wird getragen sein von dem allgemeinen Vertrauen und Verständnis des Volksganges, dessen sie unbedingt bedarf. So führt der Krieg das Interesse der politischen Bevölkerung an einer durchgehend gleichen Verteilung der Rechte und des Interesses des Staates an der wichtigst volkswirtschaftlichen Bewältigung größerer und schwerer häufigster Friedensaufgaben auf dem Boden des vorliegenden Wahlgesetzes zusammen.“

Es ist bezeichnend, daß das alldeutsche Blatt für diese Belenntnisse des Vertrauens zum Volke kein Verständnis, sondern nur Hohn und Spott übrig hat. „Vertrauen nicht allein für den Minister, sondern auch für den Kriger der Krone.“ Auf ihn zielt die „Deutsche Zeitung“, wenn sie behauptet, daß die Umstände, welche uns die Verfassungsreform der preussischen Reformgeschichte bis zum Totenpunkt erparat hatten, darin begründet lagen, „daß eine in der Einführungsphase der Gelegetenworte unentgeltliche Stelle die Wahrheit des Diktierwortes an sich erlaubte.“ Ein anderes Antik, ob sie geschehen, ein anderes zeigt die vollbrachte Tat.“

## Der Weltkrieg

Keine neue Friedensnote des Papstes.

„Offizieller Romano“, das Organ des Vatikan, erklärt sich bevollmächtigt zur Mitteilung, daß die Nachricht, der Papst habe im Begriff, eine zweite Friedensnote an die kriegführenden Mächte zu richten, jeder Begründung entbehrt.

### Deutschlands Stellung zur maximalistischen Regierung.

Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin: Die Bolschewist-Regierung scheint sich ansonst zu entschließen. Die Veröffentlichung der Geheimverträge mit den Drogaren aus Paris und London spricht für die Integrität ihrer Führer, die damit einen entscheidenden Schritt getan haben. Er bedeutet die Lösung von der Haus- und Seutegemeinschaft, die die zaristische Regierung mit der französischen und englischen eingegangen ist. Aus der Weiterentwicklung vom Sonnabend ist zu entnehmen, daß der Verband keine Vertreter in Petersburg belassen wird, was dafür spricht, daß der Verband eine weitere Festigung der Stellung der Bolschewist für möglich hält. Gleichzeitig behält der Verband dadurch die Möglichkeit, weiter auf die inneren Verhältnisse Russlands einzuwirken. Die Gefahr, die